Medienmitteilung

FAMH
DIE MEDIZINISCHEN LABORATORIEN DER SCHWEIZ
LES LABORATOIRES MÉDICAUX DE SUISSE
I LABORATORI MEDICI DELLA SVIZZERA
THE MEDICAL LABORATORIES OF SWITZERLAND

FOEDERATIO ANALYTICORUM MEDICINALIUM HELVETICORUM

H+
DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Verfehlte und unwirksame Kostensenkungen im Laborbereich

Bern, 29.06.2022

Der Entscheid des Bundesrats, die Labortarife ab dem 1. August um 10% zu senken, stellt die Spitäler und die gesamte Laborbranche der Schweiz vor grosse Herausforderungen. Trotz dem laufenden Prozess zur Aktualisierung der bestehenden Tarife (transAL2) wurde diese lineare Tarifsenkung voreilig politisch durchgeboxt. Zusätzlich soll das Versorgungsangebot der Labore mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative weiter eingeschränkt werden. Solche einseitigen Massnahmen sind nicht nur wirkungslos, sondern auch schädlich für die Gesundheitsversorgung und die Qualität. Gleichzeitig gefährden sie die Stabilität der Spital- und Privatlabore. Die FAMH, der Verband der medizinischen Laboratorien der Schweiz, und H+ Die Spitäler der Schweiz fordern daher die Rücknahme der Tarifsenkung sowie die Streichung der im indirekten Gegenvorschlag vorgesehenen Vertragsfreiheit zwischen Labors und Kassen.

Kosteneinsparungen sind ein ständiges Thema in der Gesundheitspolitik. Eine nachhaltige Entlastung der Prämienzahler ist nur durch gemeinsame Anstrengung aller Akteure im Gesundheitswesen möglich. Für eine effektive Senkung der Gesundheitskosten ist es deshalb wichtig genau zu analysieren, in welchen Bereichen Kosten eingespart werden können, ohne die Qualität der hervorragenden Versorgungsstruktur in der Schweiz zu gefährden. Nicht durchdachte Hüftschüsse auf einzelne Branchen oder Segmente der Versorgung sind nicht zielführend und gefährden die Balance zwischen den verschiedenen Gesundheitsakteuren. Durch undifferenzierte und teilweise falsche Berichte des Preisüberwachers und von Santésuisse geriet die Laborbranche in letzter Zeit zunehmend in den Fokus solcher Spar-Schnellschüsse. Eine solche «Pflästerlipolitik» auf dem Buckel der Labors, der Spitäler und der Patienten ist für die FAMH und H+ inakzeptabel.

Die Labordiagnostik ist eine Schlüsseldienstleitung in der medizinischen Praxis

Die Labordiagnostik ist ein zentraler und unersetzbarer Teil des Schweizer Gesundheitssystems. Laboranalysen können Krankheiten schon früh erkennen und steigern somit die Heilungschance vieler Patientinnen und Patienten. Gerade die Covid-19-Pandemie verdeutlichte die Wichtigkeit der Labors in einer Gesundheitskrise. In vielen Fällen wird eine präzise Diagnostik erst durch das Vorliegen von Laboranalysen möglich. Diese erlauben es den Ärztinnen und Ärzten, richtige Therapien gezielt einzusetzen, und stärken somit nicht nur das Patientenwohl, sondern sparen auch Gesundheitskosten. «*Während rund 70% der medizinischen Entscheidungen auf Laboranalysen beruhen, machen diese nur 2,8% der gesamten Gesundheitskosten aus*» betont **Prof. Dr. Nicolas Vuilleumier, Präsident der FAMH.**

Der Übergangstarif stellt die gesamte Versorgungsstruktur infrage

Eine Überprüfung der aktuellen Tarifierung von Laboranalysen ist mit dem vom BAG lancierten Prozess «transAL2» schon seit Jahren im Gang. Die Laborbranche hat diesen Prozess von Anfang an unterstützt und dem BAG die notwendigen Daten zur Verfügung gestellt. Weil sich das BAG die letzten 2.5 Jahre auf die Pandemiebekämpfung konzentrieren musste, kam es zu Verzögerungen bei «transAL2». Auch die Labors leisteten während dieser Zeit massive Investitionen in Geräte und Personal, um ihre Schlüsselfunktion bei der Eindämmung der Pandemie wahrnehmen zu können. Umso irritierender ist daher der Umstand, dass die Labors für diese entstandenen Verzögerungen nun bestraft werden sollen. Der Anteil der Laborkosten an den gesamten Gesundheitskosten ist seit Jahren konstant, und die Kostenentwicklung pro Kopf in der OKP war in den letzten 20 Jahren sogar leicht rückläufig. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da Laboranalysen nur durch eine ärztliche Verordnung über die OKP abgerechnet werden dürfen. Warum nun eine lineare Senkung der Tarife innert so kurzer Zeit notwendig sein soll, lässt sich faktisch nicht erklären und kann nur auf einen überhasteten politischen Tatendrang zurückgeführt werden.

Die Konsequenzen sind sowohl für die Spital- und Privatlabors, aber auch für die Patientinnen und Patienten enorm. Die Labors werden Mühe haben, die Schnelligkeit und die Qualität der Analysen in gleichem Masse gewährleisten zu können. Eine plötzliche Senkung der Tarife führt nicht nur dazu, dass Laboranalysen nicht mehr kostendeckend durchgeführt werden können, sondern gefährdet auch Arbeitsplätze und die dezentrale Versorgungsstruktur. «*Wir werden die plötzlichen Tarifsenkungen nicht ohne einige schwierige Entscheidungen umsetzen können*», betont **Martin Schlatter, CCO der Unilabs Group**. Gerade in den jetzt schon unterfinanzierten Spitälern verschärft sich die finanzielle Lage weiter. «*Mit dem Kahlschlag bei den Labortarifen wird einer der letzten noch ausreichend finanzierten Spitalbereiche geopfert*», moniert **Kristian Schneider, Vorstandsmitglied von H+ und CEO des Spitalzentrums Biel.** Auch im internationalen Vergleich wird die Schweiz an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. «*Es wird in der hochspezialisierten Laboranalytik zu einer Reduktion der Anbieter kommen und einzelne Analysen werden überhaupt nicht mehr in der Schweiz angeboten*», gibt **Prof. Dr. Katharina Rentsch**, Leiterin Labormedizin und Fachleiterin für Klinische Chemie am Universitätsspital Basel, zu bedenken. Die **FAMH und H+ fordern** den Bundesrat daher auf, die Ergebnisse des «transAL2»-Prozesses abzuwarten und die Entscheidung zum Übergangstarif **rückgängig zu machen**.

Durch die Aufhebung der Kontrahierungspflicht verlieren die Labors zusätzlichen Handlungsspielraum

Der im Nationalrat verabschiedete Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative sieht mit einem neuen Art. 37a des KVG die Aufhebung der Kontrahierungspflicht für Laboratorien vor. Dies würde bedeuten, dass Labors ihre Analysen nur über die OKP abrechnen dürfen, sofern sie über einen Vertrag mit der entsprechenden Versicherung in ihrem Kanton verfügen. Eine solche Bestimmung hätte zur Folge, dass die **Versicherer eine enorme Verhandlungsmacht** erhielten und die Labors in ihrem Handlungsspielraum zusätzlich geschwächt würden. Der damit drohende Preiskampf zwischen den einzelnen Labors würde die schweizerische Laborstruktur zusätzlich beeinträchtigen. Gerade kleine Laboratorien in Rand- und Bergregionen hätten dabei das Nachsehen. «*Billig ist nicht günstig, die Folgekosten, welche durch nicht rechtzeitig gelieferte Resultate entstehen, wären unabsehbar*», sagt **Dr. Dieter Burki, Vorstandsmitglied der FAMH**. Auch für Ärztinnen und Ärzte würde diese Bestimmung zu einem unangemessenen Mehraufwand führen, da für jede Patientin und jeden Patienten individuell geprüft werden müsste, ob ein Vertrag zwischen Labor und Versicherung besteht. Da Art. 37a KVG keine Beschränkung des Verschreibungsvolumens vorsieht, würden manche Analysen stattdessen in **Praxislabors durchgeführt**, welche **von** der **Aufhebung** der **Kontrahierungspflicht ausgenommen** sind. Daher ist es höchst fraglich, ob diese Massnahme überhaupt einen Einfluss auf die Gesundheitskosten haben wird. Sicher ist nur, dass die Labors und das gesamte Gesundheitssystem zusätzlich geschwächt werden, letztlich auch zu Ungunsten der Patientinnen und Patienten. Die FAMH und H+ fordern daher vom Ständerat die ersatzlose Streichung des Art. 37a KVG aus dem indirekten Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative.

Auskunftspersonen

Thomas Zurkinden, FAMH-Generalsekretär, Tel. +41 (0)31 313 88 30, E-Mail: info@famh.ch

Dorit Djelid, Leiterin Geschäftsbereich Kommunikation & stv. Direktorin H+, Tel. +41 31 335 11 63, E-Mail: medien@hplus.ch